

SGB-LOHN MEDIENKONFERENZ VOM 7. JULI 2023

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Den Zusammenbruch der Kaufkraft stoppen!

Wir leben in einer beispiellosen Zeit. Nach den sozialen Schäden und Lohnausfällen der Covid-Krise, bei der viele Arbeitnehmende Einkommen verloren haben und ihre Ersparnisse aufbrauchen mussten, nagt nun die Inflation an der Kaufkraft der grossen Mehrheit der Bevölkerung. Hinzu kommen das permanente Ansteigen der ungerechtesten Steuer, der Kopfprämien der Krankenversicherung, und die angekündigte Erhöhung der Mieten. Wie unsere Analyse zeigt, kann eine durchschnittliche Familie dadurch 3'000 Franken verlieren, ein RentnerIn eine ganze Monatsrente.

Wer sieht sich angesichts einer solchen Bedrohung in der Verantwortung, zu handeln? Wer schlägt Alarm, um das zu retten, was vom sozialen Gleichgewicht der Schweiz noch übrig ist? Ganz einfach: niemand ausser uns und unseren Verbündeten. Es gibt einen bekannten Leitsatz, der manchmal gerechtfertigt ist: « Il est urgent d'attendre ». Zur Zeit besteht für die wirtschaftlichen und politischen Führer dieses Landes die einzige Dringlichkeit darin, gar nichts zu tun.

Das beginnt mit den jämmerlichen Beschlüssen der Mehrheit des Parlaments. Wenn wir vorschlagen, die Renten an die Inflation anzupassen, wie es die Verfassung vorsieht, lautet die Antwort: Nein. Wenn wir vorschlagen, die Mieten zu deckeln, die paradoxerweise Gefahr laufen, aufgrund der geldpolitischen Massnahmen zur Bekämpfung der Inflation zu steigen, lautet die Antwort: Nein. Wenn wir einen konstruktiven Vorschlag zur Senkung der Krankenkassenprämien vorlegen, sozusagen ein Steuerentlastungs-Paket für die arbeitende Bevölkerung, lautet die Antwort immer noch Nein: Aus der Kommission kommt nur ein mickriger indirekter Gegenvorschlag.

Und was die Regierung betrifft: Sie schlägt uns einen Abbau bei der AHV vor, von dem mehrheitlich die Frauen betroffen wären – und das nur wenige Wochen nach einem weiteren historischen 14. Juni. Und sie erhöht die Tarife im öffentlichen Verkehr ...

Bei den Arbeitgebern gilt der gleiche Tenor. Die Konjunktur bleibt positiv, sie hat sich nach der Pandemie schnell erholt – dank der stabilisierenden Rolle des Staates und der Massnahmen, die wir damals glücklicherweise gefordert und erhalten haben. Eben noch von staatlichen Abfederungsmassnahmen gegen die Folgen einer Pandemie abgeschirmt, wollen sie nun ihre Preise erhöhen, aber nur um Margen und Gewinne zu steigern. Geht es hingegen um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, tun sie, als seien die Kassen leider immer noch leer. Und angesichts des «Fachkräftemangels» fällt ihnen kein anderer Vorschlag ein, als alle länger arbeiten zu lassen.

Kurz gesagt: Die Wirtschafts- und Finanzelite dieses Landes wäscht ihre Hände in Unschuld, wenn es um die Kaufkraftkrise geht. Inflation ist kein neues Phänomen. Neu ist jedoch die Haltung, die allgemeine Verarmung der arbeitenden Bevölkerung zuzulassen.

Dennoch gab es im vergangenen Jahr in diesem widrigen Umfeld einige Erfolge zu verzeichnen. Insbesondere in Branchen, die von Gesamtarbeitsverträgen abgedeckt sind, konnte ein Ausgleich der Teuerung erreicht werden. Die Flughafenangestellten konnten ihre GAV verbessern. In Zürich und in Winterthur wurden in Volksabstimmungen kommunale Mindestlöhne mit starker Unterstützung angenommen, und in mehreren Kantonen werden weitere Mindestlohn-Vorlagen vorbereitet oder es wird dafür gesammelt. Was haben diese Lichtblicke in einer dunklen Zeit gemeinsam? Es mussten Forderungen gestellt werden, mobilisiert und manchmal hart verhandelt werden. Das ist es also, was wir heute für den weiteren Verlauf des Jahres 2023 ankündigen: Wir setzen uns das Ziel, bei den Löhnen ernsthaft aufzuholen, und wir starten, gemeinsam mit allen Gewerkschaftsmitgliedern, die Mobilisierung, um dies zu erreichen. Den Anfang macht unsere nationale Gross-Demonstration vom 16. September. Sie wird den Beginn eines sozial entscheidenden Herbstes markieren.